

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

130 (12.6.1909) 1. Blatt

„Zukunft“ Gardens Artikel schrieb? Weibel hat ihn dafür auf dem Dresdener Parteitag so klein gemacht, daß Genosse Bernhart unter allgemeinem Gelächter wie ein gelehriger Bube! Stockprügel nach vornwärts und rückwärts unternahm, ganz auf Weibel, und seine Mitarbeit an der „Zukunft“ abschwor, wie denn dort der Grundlag aufgestellt wurde, daß Sozialdemokraten nicht Mitarbeiter von gegnerischen Blättern sein dürften. Wo der „Volksfreund“ nur die Stirne herinnert, über angeblichen fremden Terrorismus Sprüche zu machen, wo der Terrorismus in der Sozialdemokratie selbst so riesenhaft entwickelt ist. Der „Volksfreund“-Redakteur selbst weiß ja heute nicht, ob er der Liebe oder des Hasses würdig sei vor dem allmächtigen Parteigericht, und Weibel hat selbst in Nürnberg den Genossen Kolb nicht über abgezankelt. Und wenn es wiederum auf den Genossen Kolb ankäme, dann wäre der Abg. G. e. heute abgefaßt; aber es ging nicht, weil in der Sozialdemokratie immer ein Terrorismus dem anderen die Stirne bietet. Wo bitte nur keine hohlen Sprüche! Wir kennen uns sehr genau und kennen daher auch den ganzen sozialdemokratischen Schwindel. Wenn daher ein katholischer Geistlicher heute in der „Zukunft“ Gardens über schlechte Behandlung der Kapläne teils ihrer Vorgesetzten und der Kirchenbehörde klagt, dann hat — abgesehen von allem anderen — jedenfalls der „Volksfreund“ am wenigsten das Recht, darüber pharisäische Sprüche zu machen. Nur zuerst vor der eigenen Tür zu kehren. Im übrigen sind das, was der Geistliche in der „Zukunft“ vorbringt, Klagen, die man in jedem Stand von jüngeren Mitgliedern hören kann — nicht von allen, sondern nur von jenen, die zur Gruppe der Seufzenden gehören, — solange sie nicht selbst vornoran sind. Wir geben daher um so weniger auf solche Klagen, als ein ordentliches Stück Charakterlosigkeit von einem Geistlichen dazu gehört, so etwas in die Gardensche „Zukunft“ zu schreiben. Weiß der „Volksfreund“ vielleicht, was Weibel von den Genossen meinte, welche in die „Zukunft“ schrieben? Wir wollen es ihm sagen. Er folgte laut Protokoll von Dresdener Parteitag Seite 213:

„Ich hätte es vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten, daß es Elemente gibt, die moralisch so tief gesunken sind (juristischer Beifall), daß sie für ein Blatt wie die „Zukunft“ bis in die letzten Tage hinein mitarbeiten.“

Der „Volksfreund“ möge daraus ersehen, wie wir über einen Geistlichen urteilen, der sich zum Mitarbeiter der „Zukunft“ gegen seine Kirche und Kirchenbehörde hergibt.

Im übrigen bleibt es ihm unbenommen, aus den hier aus dem intimen Leben der Sozialdemokratie angeführten Tatsachen auf den „Verlesungsprozess“ in der Sozialdemokratie zu schließen. Eines können wir ihm jedenfalls sagen: Wäre das Christentum mit solchem Pharisäismus und solcher innerlich verlogener Bosheit und solch unwahrer Kritikalität in die Welt getreten, wie der „Volksfreund“ jureit seine sozialistischen Ideen vertritt, dann gebe es heute kein Christentum mehr; wohl aber würden wir lesen, wie eine Zeitlang die wahrheitsbegehrten Leute und die gedankenlose Masse den Verkünder des Christentums nachgelaufen seien, bis er dann schließlich mit Ekel von ihnen gewandt hätten, nachdem sie die innerliche Gohheit und Unwahrscheinlichkeit erkannt hätten. So wird es nämlich mit der Sozialdemokratie sein, wenn einmal die ehrlichen und ersten Genossen, welche auch selbst denken und nicht ihre Redakteure für sich denken lassen, bemerken, wie schändlich sie von manchen ihrer federführenden Obergenossen an der Nase herumgeführt worden sind. Das ist unsere tiefe und wahre Überzeugung.

Deutschland.

Berlin, 12. Juni 1909.

Zur Reichsfinanzreform. Die Finanzminister der Bundesstaaten berieten am Donnerstag mit 10 Uhr abends. Den Entwurf der Erbschaftsteuer, sowie der Veränderung des Stempelsteuergesetzes wurde zugestimmt, dagegen die Reichs-Wertzuwachssteuer und die Kationsteuer abgelehnt. Ueber die Einzelheiten wird Stillschweigen beobachtet. Die Vorlagen gehen am Montag abend dem Reichstag zu.

Die „Frankf. Ztg.“ teilt weiter mit: „Was die Finanzminister gestern vereinbart haben, den Entwurf einer Erbschaftsteuer und verschiedene Veränderungen der Stempelsteuer, die sich auf den Geldverkehr und die Banken beziehen, das wird der Bundesrat morgen formell beraten, dann in einer Sitzung am Montag definitiv genehmigen, und Montag abend werden die Entwürfe bereits gedruckt den Abgeordneten zugehen und veröffentlicht werden. Ein Mittwoch beginnen dann im Reichstage, eingeleitet von einer Rede des Reichstagspräsidenten, die Beratungen, die ohne weiteren Aufschub die Entscheidung über die Finanzreform bringen werden.“

Die Stellungnahme der Finanzminister, über welche weiter noch gar nichts verlautet als das Tatsächliche, daß sie im großen Ganzen bezüglich der Besteuerung gegen die Kommissionsbeschlüsse sind, ist nur zu verstehen, wenn man annimmt, daß nicht wirtschaftliche, sondern politische Gründe für sie maßgebend sind. Und die politischen Gründe bestehen in der Fortsetzung der Wochpolitik in der Richtung, daß der Liberalismus künstlich zu größerer Bedeutung heraufgebracht werden soll. Niemand wird verstehen, warum eine höhere Besteuerung der Börsenleute und Großkapitalisten, wie sie Frankreich seit vielen Jahren hat, bei uns abgelehnt werden soll, wenn dafür nicht politische Gründe maßgebend sein sollen. Man muß das weitere noch abwarten, bevor man ein sicheres Urteil abgibt, aber einwachen alle Möglichkeiten im Auge behalten; darunter auch die, daß der Reichstag aufgelöst werden kann; denn so, wie die Dinge jetzt aussehen, ist kaum ersichtlich, wie eine Mehrheit für die Reform gefunden werden soll. Zu der Möglichkeit der Reichstagsauflösung bemerkt die „Völn. Volkszeitung“ Nr. 488:

„Eine Auflösung in der jetzigen Situation würde aber von ganz besonderem Reiz sein, denn sie würde sich nicht wie in früheren Fällen gegen die Linke oder das Zentrum richten, sondern gerade gegen diejenigen Parteien, welche stets die treuesten Stützen der Regierungspolitik gewesen sind. Den Konservativen und den ihnen ver-

wandten Parteien werden seitens der liberalen Presse schon große Verluste in Aussicht gestellt, für den Fall, daß eine Reichstagsauflösung gegen sie stattfinden sollte. Unseres Erachtens ist diese Voraussetzung nicht zutreffend. Da die Wahlparole sich unzweifelhaft um den Hauptgegenstand des Streites: entweder Erbschaftsteuer für Kinder und Ehegatten oder Besteuerung des mobilen Großkapitals und des Börsengewinnes, drehen würde, kann auch das Ergebnis nicht zweifelhaft sein.

In den weitesten Volksteilen herrscht doch zu viel gesunder Menschenverstand, als daß diese es nicht einsehen würden, wie die Beschlüsse der Finanzkommission gerade in Bezug auf die Besteuerung das Nützliche getroffen haben.

Die landliche Bevölkerung wird sich wie ein Mann gegen diejenigen erheben, welche unter Schonung des mobilen Kapitals dem schaffenden Gewerbe eine neue, für viele Kreise geradezu rührende Belastung auferlegen wollen.“

Eine Reichstagsauflösung wäre jedenfalls ein äußerst gewagtes Unternehmen.

Zur Reichs-Wertzuwachssteuer schreibt uns jemand: „Wenn die Wertzuwachssteuer in der von den Konservativen eingebrachten Form Gesetzeskraft erlangt, würde dieselbe in manchen Fällen eine ganz exorbitante Belastung für die Betroffenen bedeuten. Meine Eltern, die ehemals ein kaufmännisches Geschäft auf dem Lande betrieben, kauften vor ca. 30 Jahren aus gesundheitlichen Rücksichten ein Anwesen an der Peripherie einer mittleren Stadt Badens, auf dem sie Garten- und Landwirtschaft betrieben. Das Anwesen kostete damals praeter propter 19 000 Mark. Heute ist es steuerlich geschätzt zu 30 000 Mark. Der Ertrag ist ein solcher, daß derselbe, da früher anderweit zur Verfügung gestandene Mittel aufgebracht sind, für Unterhaltung des Anwesens und für Bestreitung der Lebenshaltung nicht ausreicht. Unser Schreiber dieses ist ein weiterer Sohn vorhanden; beide sind der Landwirtschaft unkundig, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach bei Ableben der Eltern das Anwesen in dritte Hände übergeht. In diesem Falle würde nun neben der in Baden bestehenden Kaufsteuer, die Wertzuwachssteuer, die bei einem angenommenen Erlös von 30 000 Mark nach dem konservativen Antrag 500/600 Mark, fünf Zehntel des Steuerfußes, betragen würde, fällig. Dofür hätten sich dann die Eltern 30 Jahre lang geplagt, das Anwesen verbessert, kulturell gehoben, bauliche Veränderungen vorgenommen, Kapital-Zinsen bezahlt usw. Ich bin mir des Unlandes vollumfänglich bewußt, daß die finanziell-kritische Lage, in der sich das Reich befindet, Opfer von jedem erheischt, und ich bin auch gerne bereit, solche zu bringen; ob jede andere Form steuerlicher Belastung oder derartige Beträge erfordert, möchte ich stark in Zweifel ziehen, und es ist meines Erachtens nur ein Postulat der Gerechtigkeit, wenn steuerrechtlich derartigen Fällen — vielleicht durch Aufrechnung der bezahlten Kapital-Zinsen, der Steuern und Umlagen, der Aufwendungen für Unterhaltung und bauliche Veränderungen Rechnung getragen würde.“

Wir finden den hier angegebenen Standpunkt, vorausgesetzt, daß das Mecklenburger Beispiel, beachtet und glauben, daß es möglich sein würde, hierauf Rücksicht zu nehmen.

Deutsche und französische Freimaurer. Wir haben vor einiger Zeit darauf aufmerksam gemacht, wie deutsche und französische Freimaurer wieder einander nach längerer Trennung nahekommen suchen. Vor einigen Monaten fand in Paris eine Zusammenkunft statt, an welcher sich deutsche Freimaurer aus verschiedenen deutschen Städten einfanden und von den Franzosen freundlich begrüßt wurden. Dabei wurde großer Wert darauf gelegt, daß nach den „Mißverständnissen“ die seit 1870 zwischen deutschen und französischen Maurern obwalteten, nunmehr wieder freundschaftliche Beziehungen hergestellt werden sollten. Die Fortsetzung dieser Bemühungen fand am Pfingsten in Deutschland statt. Auf dem diesjährigen Großlogentag, welcher in hergebrachter Weise zu Pfingsten unter dem Vorsitz des Großmeisters Professor Dr. Bruno Alwin Wagner im Logenhaus der Großloge „Monat Jork“ in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 27, stattfand, wurde ein Beschluß von ganz hervorragender Bedeutung gefaßt. Mit fünf gegen drei Stimmen wurde nämlich die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zum Großorient von Frankreich“ beschlossen.

Die Bemühungen sind also von Erfolg begleitet. Man muß diese Entwicklung verfolgen, weil die deutsche Freimaurerei eine ganz andere Bedeutung gewinnt, sobald sie sich mit der französischen vereinigt.

Fürst Eulenburg ist gestern Morgen in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof mit dem Zuge von Dresden kommend in Berlin wieder eingetroffen. Er hat in seiner Mietwohnung in der Kaiserin Augustastrasse Quartier bezogen. Sein Zustand hat sich seit den Verhandlungen im vorigen Jahre recht erheblich gebessert.

Diese Überzeugung! Aus Göttingen wird unter dem 7. Juni gemeldet: In Northeim haben die Weister der Malerinnung in ihrer letzten Innungssammlung beschlossen, falls ihnen nicht die Malerarbeiten für die St. Silbstränge zu Northem übertragen werden, aus der Landeskirche auszutreten! Der Kirchenvorstand soll nämlich diese Malerarbeiten im Betrage von 28 000 Mark einem Maler aus Hannover übertragen haben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Amnestie für Militärvergehen Oesterreichischer und ungarischer Staatsangehöriger. Anlässlich des 60jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers Franz Joseph ist für alle Staatsangehörigen von Oesterreich und Ungarn, sowie Bosnien und Herzegowina, die ihrer heimatischen Wehrpflicht nicht entprochen haben, eine weitgehende Amnestie ergangen, die vielen Staats- und Landesangehörigen, welche bisher eine Strafe wegen Desertion oder Stellungsnacht zu befürchten hatten, die strafrechtliche Rückkehr in ihre Heimat oder den ungehinderten Besuch ihrer Angehörigen gestattet. Die betreffenden Personen werden am besten tun, sich an ihre Konsulate zu wenden.

Zur Aretafage. Meldungen aus Kreta berichten, daß auf der ganzen Insel umfassende militärische Vorbereitungen getroffen werden. Die kretische Witz legt eine große Tätigkeit an dem Tag. — Die „Times“ meldet aus Konstantinopel: Die Worte hat Frankreich und Italien erwidert, ihre Garnisonen bis auf Weiters auf Kreta zu belassen. Das gleiche Ersuchen soll auch an Rußland gestellt werden.

Europareise des Sultans. Während der jüngsten Anwesenheit der türkischen Sondergesandtschaft in Wien hat sich ein Mitglied derselben dahin geäußert, es sei wahrscheinlich, daß der Sultan im kommenden Jahre eine Europareise machen würde, um sich persönlich den europäischen Souveränen vorzustellen. Der Wiener Hof würde in diesem Falle sein erstes Reiseziel sein. Zuerst aber würden einige jüngere Mitglieder des osmanischen Kaiserhauses zur Vervollständigung ihrer Ausbildung nach Europa gehen.

Holland.

Ein großartiger Wahlsieg der christlichen Parteien. Der „Post. Ztg.“ wird aus Amsterdam vom 11. Juni abends 10.50 Uhr telegraphiert: „Jetzt schon bei der Urwahl ist ein starker Sieg der christlichen Parteien fest. Die Katholiken haben 25 Sitze, d. h. bereits einen mehr, als sie nur hatten. Die kaiserlichen Antirevolutionären haben 20 Sitze, und da Kupfer in Dordrecht mit einem stärkeren Stimmenüberschuss in die Stichwahl kommt, auch diesen Platz sicher. Die historischen Christen verfügen über acht Sitze. Die vereinigten christlichen Parteien haben also 55 von den 100 Kammerstimmen, außerdem wird ihnen ein großer Teil der noch erforderlichen 36 Stichwahlen zu gute kommen. Die links stehenden Parteien haben nur zehn Sitze sicher. Die Sozialisten haben bis jetzt noch keinen einzigen Abgeordneten in der Kammer. Der sozialistische Kolonialspezialist van Kol ist unterlegen.“

In einem Stimmungsbericht spricht dasselbe Blatt von der „gedrückten Stimmung“ der „dichten Massen“, die vor den liberalen Wählern Wahlschmerz erwarten, und sagt dann weiter: „In Gesprächen der hervorragenden liberalen Parteipolitiker ist man sicher, daß eine christliche Mehrheit von solcher Bedeutung gewonnen wird, daß wiederum ein hypernationales Regime mit allen seinen Schattenseiten bevorzugen wird. Diese vollständige Niederlage der Linken, die derjenigen von 1901 gleichzukommen droht, ist ebenso wie damals der beispiellosen Zersplitterung der liberalen Parteien zuzuschreiben.“

Die Zersplitterung war von jeher und überdies das Stigma des Liberalismus. Die „Frankfurter Zeitung“ hebt in ihrer Betrachtung hervor, daß der Wahlkampf zur Erhaltung des christlichen Kabinetts Hemmschuh geführt wurde. Bezeichnend findet es das selbe Blatt auch, daß in den großen Städten des Landes, Rotterdam und Amsterdam, in denen 1905 aus Furcht vor der Einführung der Schulzölle und aus Abneigung gegen das kaiserliche Regime die liberale Stimmung besonders stark hervortrat, diesmal das sog. christliche Element große Fortschritte gemacht hat. Die Antirevolutionären gewannen den Liberalen in Amsterdam zwei von neun Bezirken ab. In Rotterdam kommt der frühere liberale Ministerpräsident Goemann Vorgehens in eine ungünstige Stichwahl mit einem historischen Christen, und selbst der hervorragende Rotterdammer Handelsmann Plate steht in schwieriger Stichwahl mit dem antirevolutionären Ministerpräsidenten Deemster. Also auch in Holland hat das Christentum der Schulzölle gegenüber nur einmal gezogen und dann nicht mehr. Unter dem Mißerfolg der Sozialisten wird selbst ihr Führer Troelstra zu leiden haben, da er in den Stichwahlen kaum auf einen Sieg rechnen kann.

Hollanda docet! Wir haben auf dem Dinstag Katholikentag dieses Wort auch in anderer Hinsicht gehört, nämlich daß in Holland Katholiken und Protestanten gemeinsam kämpfen gegen die Feinde der christlichen Schule und des christlichen Glaubens überhaupt. Und nun dieser schöne Wahlsieg der christlichen Parteien, legt er uns nichts?

Frankreich.

Zum Streit der Seelen wird aus Marseille gemeldet: Die eingeschriebenen Seelen nahmen eine Protestkundgebung an gegen die Verfügungen, welche nachts vorgenommen worden waren. Der Generalstreik wurde hierauf protokolliert.

England und Deutschland in französischer Beleuchtung. Baron Desjournelles de Constant legt im „Matin“ seine Ansicht über die Gegenstände zwischen England und Deutschland dar und kommt zu dem Schluß, daß den Engländern solange von der Gefahr gesprochen wurde, bis sie an eine solche Gefahr glaubten, daß aber der wahre Vorteil Großbritanniens nicht in der Stärkung der Armee, sondern in der energischen Bekämpfung der wirtschaftlichen Konkurrenz Deutschlands liegt. Ein Krieg zwischen England und Deutschland müsse vermieden werden und auch das befreundete Frankreich müsse England helfen, den Weg nach Damaskus zu finden. Das liege in Englands Vorteil und auch im Vorteil aller übrigen europäischen Staaten.

Baden.

Karlsruhe, 12. Juni 1909.

E. A. H. der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, den Sozialisten Gottlieb Wehald und Theodor Stadel in Karlsruhe die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen Kal. preussischen Kronorden-Medaillen zu erteilen; ferner bei nachgekauften Kopien und -Repliken die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen Kal. württembergischen Auszeichnungen zu erteilen, und zwar für das Ritterkreuz zweiter Klasse des Friedrichordens: dem Sekretär beim Oberpostamt, Mat Ludwig von Alda;

für das Verdienstkreuz: dem Maschinenmeister Herrn. Wehald, den Hofintendanten Ludw. Herold und Salomon Weh;

für die goldene Verdienstmedaille: dem Hofoch Friedrich Haas und den Offizianten Ludwig Knecht und Georg Melber;

für die silberne Verdienstmedaille: den Lakaien Franz Maier, Alois Hartmann, Anton Leilbach, Reinhard Bronner und August Gartner, dem Schlosswächter Joh. Gutmann und dem Gartenwächter Joh. Adam Hoffmann.

E. G. H. Prinz Max von Baden haben sich gnädigst bewogen gefunden, den Vorstand des Großh. Markgräf. Bad. Rentamts Schwenninger, Domänenrat Otto A. bey auf 1. Juli d. J. Höchstherr Domänenrat in Karlsruhe als Beamten beluzugeben.

Weitere Mannheimer Steuerproteste. Zur Raffezollerhöhung. Dieser Tage fand in Mannheim eine Versammlung der Raffezollerhöherhandler aus Baden, Hessen und der Pfalz über die Frage der Raffezollerhöhung statt. Man erklärte sich einstimmig gegen die Erhöhung des Raffezollzolls, welche den Rinderbesitzern am stärksten belasten würde. Die zum Beschluß ergoßene Resolution führt weiter aus: „Räht sich indes die Zollerhöhung aus Rücksicht auf die Reichsfinanzreform

nicht vermeiden, dann erlauben die obigen Interessenten, von einer Nachvervollständigung der im inländischen freien Verkehr befindlichen Raffezollvorräte abzusehen. Gleichzeitig sollten gelegliche Vorkäufe getroffen werden, die für die Raffezollkontrakte die alten Zollsätze auf eine gewisse Zeit garantieren. Eine Nachvervollständigung hätte unbedingt große Schäden im Gefolge.“

Schade um die Pikanterie! Vom ernannten Erzbischof Vettinger behauptete die sozialdemokratische Mannheimer „Volksstimme“, er sei „benigne gewesen, der feinerzeit das Wahlbündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie für ganz Baden zum Abschluss gebracht habe“ mit dem verstorbenen Sozialistenführer Ehrhart. Schade, daß es sich nur wieder um eine der betamten sozialdemokratischen Schmutzereien handelt. Wir schreiben gestern, es wäre möglich, daß der neuernannte Erzbischof als Präsident des kathol. Männervereins etwas mit den damaligen Wahlangelegenheiten zu tun gehabt hätte. Tatsache ist jedoch, wie von Männern öffentlich mitgeteilt wird, folgendes:

Das Wahlkommissariat für die beiden württembergischen Abgeordneten ist abgeschlossen worden zwischen einem Zentrumsgesandten, der Laie ist und heute noch dem Landtag angehört, und dem Sozialistenführer Ehrhart. Alle anderen Versionen sind falsch. Der betreffende Zentrumsgesandte hat auch, als Vettinger Domdekan werden sollte und dem Abgeordneten das Gerücht über Vettinger zu Dren gekommen war, an offizieller staatlicher Stelle den Vorgang der Wahlkommissariatoffäre authentisch bekannt gegeben und seine des Abgeordneten, alleinige Lieberlichkeit erwiesen. Vettinger hat mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun.

Und die Volksstimme? Wird sie zugegeben, daß sie wieder einmal der Pikanterie wegen aus Geradwohl etwas behauptet hat?

Aus der „Neuen Bad. Schulz.“ In der „Bad. Lehrzeitg.“ Nr. 24 lesen wir: „Unter dem Namen des Kaufmanns (bekanntlich ist der Redakteur des radikalen Lehrblatts ein Kaufmann!) hervor steigt in Nr. 23 der „Neuen“ folgender Artikel mit in Perse die eingetauchter Spitze:

„Der badische Merkantilismus hat es besser, bei uns in Baden hat noch nie ein Mitglied des „Katholischen Lehrvereins“ sich erlaubt, anderer Meinung zu sein als sein geistlicher Herr.“ Unser „Bad. Kath. Lehrverein“ ist ein Reinkunst des „alten braven Lehrers“. Die folgen auf den kleinsten Wink, rufen z. B. „Bravo!“, wenn der Geistliche der Wader einen großen Teil der Lehrer ein wahres Liebel nennt.“

Wir freuen uns, darauf die Antwort geben zu können, daß unsere wackeren jungen Mitglieder die Post der „Neuen“ in Wahrheit jugentüchelt, da sie etwas lernen und andererseits auch ganz vorzügliche Leistungen durch die „Bad. Lehrzeitung“ veröffentlichen wollen. Wenn Herr Geistlicher Rat Wader anonyme Redakteure und Stimmungsgeber sogenannter Schulzeitungen, die sich feige hinter dem Rücken eines Kaufmanns verdecken, ein wahres Liebel nannte und dabei ungewollt aber naturnotwendiger Weise Lehrer traf, die anonyme Entlassungsresolutionen verfaßten und auf Konferenzen sitzen lassen, um sich selbst herauszuheben, die als Lehrer ansonsten schmeißeln, am anonymen Schmeißeln ihre Freude haben, und ihre Aktionen darauf und auf amüßlichem Material, dessen Gesicht ihnen nicht zureicht, aufbauen, so gab er demselben Volksempfinden Ausdruck, das die Bezeichnung „Einfachlose Leute“ prägte und sich noch viel drastischer im „Schwäbischen Merkur“ fundgab. So war der Ausspruch des Herrn Geistlichen Rats Wader eine naturnotwendige Folge von Erscheinungen, die die mit Recht davon Betroffenen nicht verantworten können und sich einmal verantworten wollen. Deshalb bedienem sie sich ja des Verzeck hinter dem Rücken des Kaufmanns.“

Es ist wirklich bezeichnend für die Genügsamkeit der Lehrerschaft, welche sich von dem Mannheimer Lehrerverein gelangt läßt, daß sie nichts dagegen hat, wenn unter Verantwortlichkeit eines Kaufmanns ihre geistigen und anderen Interessen vertreten werden. Und ein solches Blatt hat noch den Mut und den Geschmack, die katholische Lehrervereinigung, in welche nur Leute von Charakter eintreten können, weil es ein Wagnis ist, bei dem Mannheimer Führerterrorismus gegen den Strom zu schwimmen, in einer ganz geschmacklosen Weise angzugreifen. Daß ein solcher Zustand möglich ist, beweist einen bedauerlichen Tiefstand in der badischen Lehrerschaft. Wir glauben nicht, daß das in einem anderen Stand möglich wäre, der einen so idealen Beruf hat, wie der Lehrerberuf. Wenn nicht ein großer Teil der Lehrerschaft unter der Mannheimer Suggestion förmlich leiden würde, dann würde bald der eigene Besen in Aktion treten. Der katholische Lehrerverein ist über die Anwohler eines solchen Organs erhaben.

Arbeiterzeitung.

Hd. Kiel, 11. Juni. Die freireisenden und ausgesperrten holländischen Arbeiter bereiten einen Generalstreik in allen holländischen Betrieben vor. Die Stadt will mit der Entlassung der letzten 500 Arbeiter antworten und die Unterfütterung der Marine für Elektrifizierung, Gas- und Wasserwerke erbitten.

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 12. Juni. In den letzten Tagen weiste in Sachen des Truppenübungsplatzes für das 14. Armee Korps eine Sachverständigenkommission in Gdingen. Das Gelände — 800 bis 100 Meter u. d. M. — und seine Umgebung wurden eingehend besichtigt. Ueber einen geeigneten Platz für das Barackenlager ist noch keine Entscheidung getroffen. Die Fällung einer Eisenbahn durch das Gelände erachtet bei den Stellbesitzern gegen das Donau- und Schwanental ausgeschlossen. Es wird für günstige Zusatzarbeiten zu sorgen sein. Die Frage der Wasser-versorgung dürfte keine Schwierigkeiten bieten. Man plant den Anbau der Neuburger Mühle im Donautale, die eine sehr ergiebige Quelle hat, und die Erhaltung einer Hochdruck-

